

Bitte beachten Sie die Hinweise auf der Rückseite sowie auf dem beiliegenden Merkblatt!!!

Antrag auf Übernahme des Elternbeitrages gemäß § 21 Abs. 6 des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege (KiföG M-V)

Kinderkrippe Kindergarten Hort Tagespflege

Tageseinrichtung/Tagesmutter		Übernahme ab:	
Antragsteller/in:			
Name, Vorname(n)		Geburtsdatum	
Anschrift		Telefon	
1. Kinder , für die die Übernahme beantragt wird:	1. Kind	2. Kind	
Name, Vorname			
Geburtsdatum			
Anschrift (wenn abweichend von Antragsteller/in)			
Kindergeld			
Unterhaltsvorschuss/Unterhalt			
Einschulung ist vorgesehen im Jahr			
2. Eltern der Kinder	Vater	Mutter	
Name			
Vorname			
Geburtsdatum			
Anschrift			
Arbeitgeber			
3. Einkommen	Betrag mtl. netto	Betrag mtl. netto	
Arbeitsverdienst			
<input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld			
<input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld II			
<input type="checkbox"/> Leistungen nach AsylbLG			
Kindergeld/Kinderzuschlag			
Wohngeld			
BAföG/BAB			
Vermietung/Verpachtung			
Sonstiges Einkommen z.B. Renten, Elterngeld, Hilfe zum Lebensunterhalt			
4. Notwendige Aufwendungen/ Beiträge			
für Arbeitsmittel			
Wegstrecke zur Arbeit in km			
zu Berufsverbänden			
Unterhaltsleistungen			
Kaltniete			
Zinsen für Hauskredit			
Autokredit			
Krankenversicherung			
Haftpflichtversicherung			
Hausratsversicherung			
Sonstige Aufwendungen			

5.	Weitere Kinder im Haushalt der Eltern (ohne Einkommen)
	Name, Vorname, Geburtsdatum
6.	Weitere Personen im Haushalt der Eltern Einkommen mtl.
	Name, Vorname, Geburtsdatum
7.	<p>Hinweise, datenschutzrechtlicher Hinweis und Erklärung: Sämtliche Angaben sollen durch entsprechende Nachweise <u>in Kopie</u> belegt werden. Die Datenerhebung erfolgt auf Grund § 21 Abs. 6 KiföG M-V. Zu diesen Angaben sind Sie gemäß § 97a SGB VIII und §§ 60 ff Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) verpflichtet.</p> <p>Ich erkläre, dass vorstehende Angaben in allen Punkten wahr und vollständig sind. Ich weiß, dass wissentlich falsche Angaben oder das vorsätzliche Verschweigen von rechtserheblichen Tatsachen im Sinne des § 263 Strafgesetzbuch (StGB) strafbar sind und verfolgt werden können und zu unrecht erhaltene Beträge zurückgefordert werden. Bei einer anderen Behörde wurde kein weiterer Antrag auf Übernahme des Elternbeitrages für die Tageseinrichtung/Tagespflege gestellt.</p> <p>Ich verpflichte mich, wesentliche Änderungen in den Einkommens- und/oder Familienverhältnissen dem Fachdienst Jugend unverzüglich mitzuteilen.</p>
	Ort, Datum Unterschrift